Fahrbewilligung für die Obere Altstadt

		max. Punkte
1	<p>Prozessuales (3)</p> <p><i>Rubrum</i></p> <p>Urteil des Verwaltungsgerichts (VRA), Datum, Verwaltungsrichter A und B, Verwaltungsrichterin C</p> <p>Pronto AG, Beschwerdeführerin</p> <p>gegen EG Bern, handelnd durch die Direktion SUE (korrekt wäre auch handelnd durch den Gemeinderat, vgl. Art. 25 Abs. 2 GG), vertreten durch RA X., Beschwerdegegnerin und Regierungsstatthalteramt Bern-Mittelland</p> <p>betreffend Fahrbewilligung für die Obere Altstadt (Entscheid des Regierungsstatthalteramts Bern-Mittelland vom 28.9.2010)</p> <p>Hinweise:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Keine volle Punktzahl, wenn Direktion SUE (anstelle der EG Bern) als Partei aufgeführt. - Obwohl der Regierungsstatthalter vor dem VGer auf eine Stellungnahme verzichtet hat, ist er als Vorinstanz gleichwohl am Verfahren beteiligt (VRPG 12 Abs. 3). - Anfechtungsobjekt ist der RSH-Entscheid (nicht etwa die VfG. der EG Bern) 	3
2	<p>Formelles (4)</p> <p><i>Anfechtungsobjekt und Zuständigkeit</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Grundsatz gemäss VRPG 74: Nach Entscheid RSH (= Anfechtungsobjekt) führt der Beschwerdeweg in dieser öffentlich-rechtlichen Angelegenheit ans VGer. - Kein Ausschlussgrund nach VRPG 75 ff. <p><i>Partei- und Prozessfähigkeit sowie Beschwerdebefugnis</i></p> <p>SV enthält keine Hinweise auf fehlende Partei-/Prozessfähigkeit der Pronto AG.</p> <p>Diese</p> <ul style="list-style-type: none"> - hat am vorinstanzlichen Verfahren teilgenommen, - ist durch den angefochtenen Entscheid besonders berührt (d.h. ist im Verfahren vor dem RSA mit ihren Anträgen nicht durchgedrungen, formelle Beschwerde), - hat ein schutzwürdiges Interesse an dessen Aufhebung oder Änderung (materielle Beschwerde). <p>Voraussetzungen nach VRPG 79 Abs. 1 sind erfüllt.</p> <p>Ihr Rechtsschutzinteresse ist aktuell und praktisch.</p> <p><i>Frist und Form</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Rechtsmittelfrist für Beschwerde ans VGer beträgt 30 Tage (VRPG 81 Abs. 1). Frist eingehalten. - Formerfordernisse erfüllt (Antrag und Begründung gemäss VRPG 81 Abs. 1 i.V.m. VRPG 32). <p>Ergebnis</p> <p>Die Prozessvoraussetzungen sind erfüllt. Auf die frist- und formgerecht eingereichte Beschwerde ist einzutreten.</p> <p><i>Kognition</i></p> <p>Das VGer überprüft den angefochtenen Entscheid auf Rechtsverletzungen (VRPG 80).</p>	1 1 1 1
3	<p>Materielles (21)</p> <p><i>Verletzung des rechtlichen Gehörs durch den RSH</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Nach VRPG 69 Abs. 3 wird nur ausnahmsweise ein zweiter Schriftenwechsel angeordnet, namentlich wenn die Beschwerdeantwort und/oder Vernehmlassung entscheidungswesentliche Tatsachen oder Beweismittel enthalten. - Unter dem Gesichtswinkel von BV 29 Abs. 2 ist wesentlich, dass einer Partei nicht verwehrt ist, zu der ihr zugestellten Vernehmlassung von sich aus Stellung zu nehmen. Die Verfassungsbestimmung räumt jeder Partei ein Recht auf Stellungnahme ein, unabhängig davon, ob die Beschwerdeantwort/Vernehmlassung neue Tatsachen oder rechtliche Argumente enthält. Nach Treu und Glauben ist eine solche Stellungnahme umgehend einzureichen. Andernfalls wird angenommen, dass die Partei auf eine weitere Stellungnahme verzichtet. - Dass die Beschwerdeantwort der EG Bern neue Tatsachen oder Beweismittel, neue rechtliche Argumente enthält, macht die Bfin nicht geltend. Sie hat die beim RSA eingegangene Beschwerdeantwort der EG Bern mit Verfügung vom 15.7.2010 erhalten und in der Folge weder um eine Stellungnahme ersucht noch von sich aus Stellung genommen. Der RSH durfte im Entscheidzeitpunkt ohne Verletzung des rechtl. Gehörs annehmen, dass die Bfin auf eine weitere Stellungnahme verzichtet. <p>Hinweis:</p> <p>Wird fälschlicherweise eine Verletzung des rechtl. Gehörs angenommen (minus 1 Punkt), ist in der Folge aus prozessökonomischen Gründen eine Heilung durch das VGer zu begründen:</p>	3

<p>Kein schwerwiegender Fehler, strittig sind Rechtsfragen, in denen das VGer die gleiche Kognition hat wie die Vorinstanz. Bfin konnte sich vor VGer vollumfänglich äussern. Berücksichtigung im Kostenpunkt.</p>	
<p>Abweisen der Beweisanträge betreffend Augenschein und Parteiverhör durch den RSH</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Behörde ist an Beweisanträge nicht gebunden; es steht ihr bei der Beweiserhebung ein weiter Ermessensspielraum zu (VRPG 18 Abs. 2). - Erscheint die Sachlage – soweit entscheidend – umfassend abgeklärt und versprechen weitere Erhebungen keine wesentlichen neuen Erkenntnisse, so brauchen keine weiteren Untersuchungen angestellt zu werden (antizipierte Beweiswürdigung). - Aus den Schilderungen der Bfin und aus dem Plan im Anhang 1 zur VZB geht hinreichend klar hervor, wie sich das Fahrverbot während den Sperrzeiten auswirkt. Damit erübrigten sich weitere Beweismassnahmen durch den RSH, zumal die Bfin nicht geltend macht, der angefochtene Entscheid beruhe auf einer unrichtigen oder unvollständigen Feststellung des Sachverhalts (vgl. VRPG 80 Bst. b). 	2
<p>Angabe der anwendbaren Rechtsgrundlagen zur Fahrverbotszone und Ausnahmegewilligung (Fahrbewilligungen für Unternehmen)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Gemeinden sind befugt, für Gemeindestrassen die in SVG 3 Abs. 3-5 vorgesehenen dauernden Fahrverbote und Verkehrsbeschränkungen anzuordnen. - Die VZB sieht in Art. 2 Abs. 1 für bestimmte Strassen der Oberen Altstadt ein grundsätzliches Fahrverbot für den Motorfahrzeugverkehr vor mit verschiedenen <i>allgemeinen</i> Ausnahmen gemäss Art. 2 Abs. 2: Güterumschlag Mo-Sa von 5.00 – 11.00 Uhr und 18.30 – 21.00 Uhr (Bst. a), Hotelzufahrt (Bst. b) sowie besonderen Ausnahmen für Inhaber von entsprechenden Bewilligungen (hier relevant: VZB Art. 2 Abs. 3 i.V.m. Art. 4 Abs. 1 Bst. a Ziff. 2 und Art. 7). - Das Fahrverbot ist eine sog. funktionelle Verkehrsbeschränkung nach SVG 3 Abs. 4 (kein Totalfahrverbot nach SVG 3 Abs. 3). Gemäss VMGR 2 dienen die Verkehrsmassnahmen dem Schutz vor Immissionen, der Sicherheit etc. Die in der VZB vorgesehenen Massnahmen zur Beschränkung des motorisierten Individualverkehrs wurden aus verkehrspolizeilichen und umweltschützerischen Gründen angeordnet und bewegen sich damit im Rahmen von SVG 3 Abs. 4. Die VZB bewegt sich auch im Delegationsrahmen der VMGR (vgl. Art. 3 Bst. e und Art. 4 Abs. 1 VMGR). <p>Hinweis: Da die Bfin (zu Recht) nicht bestreitet, dass die EG Bern befugt ist, ein Fahrverbot für einige Strassen der Oberen Altstadt anzuordnen und in einer Verordnung zu bestimmen, unter welchen Voraussetzungen Ausnahmegewilligungen erteilt werden, werden diesbezüglich (Zuständigkeit der bernischen Gemeinden; Verordnung innerhalb des Delegationsrahmens des VMGR) keine weiteren Ausführungen für das Erreichen der vollen Punktzahl erwartet.</p>	3
<p>Ausnahmegewilligung als Kurierdienst i.S. von VZB 7 Abs. 2?</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ist die Gemeinde wie hier zum Erlass von eigenen Rechtsnormen ermächtigt, steht ihr auch bei deren Auslegung und Anwendung ein gewisser Beurteilungsspielraum zu (als Ausdruck der Gemeindeautonomie). Die Rechtsmittelinstanzen auferlegen sich eine gewisse Zurückhaltung: Sie sind nicht befugt, die kommunale Auslegung durch ihr eigenes Verständnis zu ersetzen, wenn die Rechtsauffassung der Gemeinde betreffend Normsinn Sinn und Tragweite der kommunalen Vorschrift rechtlich vertretbar erscheint. - Nach der Legaldefinition von VZB 7 Abs. 3 ist der Begriff «Kurierdienst» in VZB 7 Abs. 2 eng zu verstehen: Darunter fallen nur Schnellsendungen und Kurierdienstleistungen entsprechend den Universaldiensten der Schweizerischen Post gemäss Postgesetzgebung (PG 2 Abs. 1: Dienstleistungen des Post- und Zahlungsverkehrs). Die Bfin erbringt keine Dienstleistungen entsprechend den Universaldiensten nach der Postgesetzgebung. - Die EG Bern verfolgt eine restriktive Praxis (gemäss Beschwerdeantwort). - Auch VMGR 3 Bst. e, wonach der motorisierte Individualverkehr so weit wie möglich zu reduzieren ist, spricht gegen eine extensive Auslegung des Ausnahmetatbestands. <p>Ergebnis: Gemeinde und Vorinstanz sind zu Recht davon ausgegangen, dass keine Ausnahmesituation nach VZB 7 Abs. 2 vorliegt.</p>	3
<p>Verweigerung der Ausnahmegewilligung als Verstoß gegen die Wirtschaftsfreiheit?</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Wirtschaftsfreiheit umfasst insbesondere die freie Wahl des Berufs sowie den freien Zugang zu einer privatwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit (BV 27, KV 23). - Durch die Verweigerung der Fahrbewilligung wird der Bfin lediglich die Zufahrt mit ihren Lieferwagen zu einigen Kundinnen und Kunden während den Sperrzeiten untersagt (betroffen sind einzig Restaurants in der Oberen Altstadt, soweit sie Kunden der Bfin sind; gar nicht tangiert ist die Zufahrt zu den Hotels, auch nicht während den Sperrzeiten). Von einem Berufsverbot kann daher keine Rede sein. Es ist fraglich, ob überhaupt ein relevanter Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit vorliegt. Allerdings kann nicht übersehen werden, dass die Bfin einige Kunden zu bestimmten Zeiten nicht beliebig bedienen kann und damit in ihrer Geschäftstätigkeit berührt ist. Ein (leichter) Eingriff ist daher anzunehmen; allenfalls kann die Frage auch offen bleiben, da die Einschränkung zulässig wäre. - Einschränkungen von Grundrechten bedürfen einer gesetzlichen Grundlage, müssen durch ein öffentliches Interesse gerechtfertigt und verhältnismässig sein (BV 36; KV 28). - Die Bfin bestreitet zu Recht nicht, dass es sich bei der gestützt auf das VMGR erlassenen VZB um eine hinreichende gesetzliche Grundlage handelt. Im Übrigen bewegt sich die VZB im Delegationsrahmen der VMGR (vgl. oben Rechtsgrundlagen). - Das Ziel, den motorisierten Individualverkehr in der Oberen Altstadt aus umweltschützerischen und verkehrspolizeilichen Gründen zu reduzieren, liegt im öffentlichen Interesse. - Der Grundsatz der Verhältnismässigkeit verlangt, dass die gewählte Massnahme zur Ver- 	5

	<p>wirklichung des im öffentlichen Interesse liegenden Ziels geeignet, erforderlich und für die Betroffenen zumutbar ist: Der Güterumschlag ist auch ohne Ausnahmegewilligung von Mo bis Sa während insgesamt täglich 8,5 Stunden gestattet (VZB 2 Abs. 2 Bst. a). Zur Vermeidung ungewollter Härten sind zudem Ausnahmegewilligungen vorgesehen. Die restriktive Umschreibung der Voraussetzungen für eine Ausnahmegewilligung ist geeignet und erforderlich für die Durchsetzung der Ziele des VMGR bzw. der VZB.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Bfin bestreitet die Zumutbarkeit: Die zeitlich unbeschränkte Zufahrt ist aber lediglich zu einigen ihrer Kunden untersagt (diejenigen in der Oberen Altstadt). Die Zufahrt zu den Hotels ist auch während der Sperrzeiten erlaubt (VZB 2 Abs. Bst. b). Es ist nicht einzusehen, weshalb die Restaurants den Zeitraum bis 18.30 Uhr nicht mit zusätzlichen Wäschesets überbrücken können. In dringenden Fällen können kleinere Wäschemengen mit dem Taxi angeliefert werden (VZB 2 Abs. 2 Bst. e). Diese organisatorischen Massnahmen sind der Bfin und ihrer Kundschaft zumutbar. Die Beeinträchtigung ist für die Bfin von geringer Tragweite. <p>Ergebnis: Die privaten Interessen der Bfin überwiegen die öffentlichen Interessen an der restriktiven Erteilung von Fahrgewilligungen für die Obere Altstadt nicht.</p> <p>Verstoss gegen das Rechtsgleichheitsgebot?</p> <ul style="list-style-type: none"> - Grundsatz der Rechtsgleichheit (BV 8 Abs. 1, KV 10 Abs. 1): Die rechtsanwendende Behörde verletzt die RG, wenn sie zwei tatsächlich gleiche Situationen ohne sachlichen Grund unterschiedlich und zwei tatsächlich verschiedene Situationen ohne sachlichen Grund gleich behandelt. - Parkier- und Fahrgewilligungen für Marktfahrer unterliegen klaren Beschränkungen. Sie gestatten lediglich das Parkieren an Markttagen an zugewiesenen Orten. Einigen Marktfahrern kann zur Sicherstellung einer geordneten Wegfahrt die Fahrt durch die Fahrverbotszonen gestattet werden (VZB 10 Abs. 2 und 3). Es gilt also auf die besonderen Bedürfnisse der Marktfahrer Rücksicht zu nehmen, die ihre Marktstände an den Markttagen aufstellen und hierfür müssen zu- und wegfahren können. <p>Ergebnis: Es geht um zwei ungleiche Sachverhalte. Berufung auf BV 8 ist daher unstatthaft.</p> <p>Ersatz der Parteikosten der EG Bern</p> <p>Kein Parteikostenersatz für die anwaltlich vertretene EG Bern (VRPG 104 Abs. 4). Das Verfahren weist keine besonderen Umstände auf, die es ausnahmsweise rechtfertigen würden, der EG Bern eine Parteikostenentschädigung zuzusprechen. Insbes. keine aussergewöhnliche Komplexität. Vielmehr ist von der EG Bern, die über eine ausgebauten Stadtverwaltung mit eigenen Juristen verfügt, zu verlangen, dass sie ihre Verfügung auch vor den Beschwerdeinstanzen ohne den Beizug eines externen Rechtsanwalts verteidigen kann. Die Beschwerde ist in diesem Punkt begründet.</p> <p>Rechtsfolge</p> <p>Die Bfin obsiegt teilweise:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Angefochtener Entscheid ist insoweit rechtmässig, als der RSH die Verweigerung einer Ausnahmegewilligung durch die EG Bern bestätigt hat. Der RSH hat das rechtl. Gehör nicht verletzt und durfte die Beweisanträge implizite abweisen. Insoweit Abweisung der Beschwerde. - Die Bfin dringt im Punkt Parteikostenersatz an die EG Bern durch (teilweise Gutheissung der Beschwerde im Umfang 1/5 [Alternativen denkbar]). 	<p>2</p> <p>2</p> <p>1</p>
4	<p>Kosten (2)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Pronto AG hat im Umfang ihres Unterliegens die Verfahrenskosten zu tragen (VRPG 108 Abs. 1). - Keine Auferlegung der anteilmässigen Verfahrenskosten auf die EG Bern, da sie nicht in ihrem Vermögensinteressen betroffen ist (VRPG 108 Abs. 2 Satz 2). - Kein Parteikostenersatz für die anwaltlich vertretene EG Bern im Verfahren vor dem Vger und im vorinstanzlichen Verfahren. 	<p>2</p>
5	<p>Dispositiv (3)</p> <p>Entscheid- und Eröffnungsformel (in Bezug auf Formulierung grosszügige Bewertung)</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Beschwerde wird teilweise gutgeheissen und der Entscheid des RSH von Bern-Mittelland vom 28.9.2010 insoweit aufgehoben, als die Beschwerdeführerin zur Bezahlung einer Parteikostenentschädigung an die Beschwerdegegnerin verurteilt wurde. Im Übrigen wird die Beschwerde abgewiesen. 2. Die Kosten des Verfahrens vor dem VGer, bestimmt auf eine Pauschalgebühr von Fr. 2'500.-- [Alternativen denkbar], werden der Beschwerdeführerin zu vier Fünfteln [Alternativen denkbar], ausmachend Fr. 2'000.--, auferlegt. Der Rest wird nicht erhoben. 3. Es werden keine Parteikosten gesprochen. 4. <i>Eröffnung</i> an Beschwerdeführerin, Beschwerdegegnerin und RSA Bern-Mittelland. <p>Rechtsmittelbelehrung</p> <p>Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten ist beim Bundesgericht innert 30 Tagen einzureichen (BGG 82 ff., 100 Abs. 1).</p>	<p>3</p>
	<p>TOTAL</p>	<p>33</p>
	<p>evtl. Bonus für besonders gute Ausführungen</p>	<p>max. 2</p>

	NOTE	

Notenraster

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
1			1½			2			2½			3			3½		

19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33
4			4½			5			5½			6		